



Russland nicht demütigen, sondern Russland stoppen – Jetzt

Dr. Klaus Olshausen

Juni 2022

Zusammenfassung

Russland muss in der Ukraine gestoppt und zurückgeworfen werden, da die westlichen Staaten fortlaufend betonen, der Ukraine möglichst wirkungsvoll zu helfen, ihre territoriale Integrität wiederherzustellen. Jede Einschränkung der Unterstützung muss darauf geprüft werden, ob sie das Erreichen dieses Ziels gefährdet.

Der sichere Transport des ukrainischen Weizens durch das Schwarze Meer unter dem Schutz eines Geleitzuges internationaler Seestreitkräfte kann und muss ein Eckstein für wirkungsvolle ökonomische und militärische Unterstützung der Ukraine werden – auch als Zeichen, dass das Schwarze Meer kein russisches Meer ist.

Das ISPSW

Das Institut für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung (ISPSW) ist ein privates, überparteiliches Forschungs- und Beratungsinstitut.

In einem immer komplexer werdenden internationalen Umfeld globalisierter Wirtschaftsprozesse, weltumspannender politischer, ökologischer und soziokultureller Veränderungen, die zugleich große Chancen, aber auch Risiken beinhalten, sind unternehmerische wie politische Entscheidungsträger heute mehr denn je auf den Rat hochqualifizierter Experten angewiesen.

Das ISPSW bietet verschiedene Dienstleistungen – einschließlich strategischer Analysen, Sicherheitsberatung, Executive Coaching und interkulturelles Führungstraining – an.

Die Publikationen des ISPSW umfassen ein breites Spektrum politischer, wirtschaftlicher, sicherheits- und verteidigungspolitischer Analysen sowie Themen im Bereich internationaler Beziehungen.



Analyse

Fast vier Monate dauert der brutale, horrende Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine. Aber es ist ein Krieg gegen den Westen. Die Ultimaten Putins vom 17. Dezember 2021 und zuletzt Putins historische Anleihe bei den Eroberungsfeldzügen Peter des Großen sollten endlich ausreichen, damit klar wird, dass die westlichen und andere Staaten mehr tun müssen, um Putins Russland zu stoppen. Das verlangt aber auch die Bereitschaft, selbst dramatische Einschränkungen für das eigene Land und die Bevölkerung in Kauf zu nehmen. Der Westen kann Russland offensichtlich nicht stoppen und gleichzeitig den „Wohlfühlstaat“ möglichst ungeschmälert fortsetzen.

Auch darf das eigene Handeln nicht dadurch gesteuert oder gar gelähmt werden, dass Russland den „Westen“ zur „Kriegspartei“ macht. Denn im Krieg mit Russland befinden sich die Staaten der Sanktionen schon seit Ende Februar. Sie wollen aber damit verbundenen militärischen Handlungen, die über Waffenlieferungen etc. hinausgehen, weiter ausweichen.

Das letzte Beispiel für diese Politik, mit der die Ukraine den russischen Vormarsch nicht stoppen, geschweige denn zurückwerfen kann, ist die angekündigte Lieferung von modernen Raketenwerfern mit begrenzter Reichweite, sogar ungeschminkt mit der „Auflage“, dass diese nicht auf russisches Territorium wirken (dürfen). Das ist nun das dritte Geschenk für den Aggressor und Kriegsherrn Putin.

Oder würde irgendein westlicher Politiker eine solche Begrenzung des Selbstverteidigungsrechts und der kollektiven Verteidigung auch nur denken, wenn „ein Zentimeter von NATO-Gebiet“ – wie es immer wieder heißt – angegriffen würde? Jede wirksame Selbst-Verteidigung der Ukraine braucht Waffen und Strukturen, mit denen ihre Streitkräfte russische Logistik, den Aufmarsch von Truppen und v.a. Führungszentralen auf russischem Gebiet erreichen und dezimieren können.

Was ist das für ein Handeln, bei dem alle ständig und mit Überzeugung äußern, dass die ukrainischen Streitkräfte, ja die ganze Bevölkerung auch die Freiheit und die Werte des westlichen Europas, ja der Welt verteidigt, und dann ständig Einschränkungen zu machen, die es erschweren, ja unmöglich machen, Putins Schergen zu stoppen, geschweige denn zurückzuwerfen.

Die erste Notwendigkeit, dieses verdruckste Handeln zu ändern, folgt aus der unverzichtbaren Lieferung der ukrainischen Weizenvorräte durch das Schwarze Meer. Nicht Putin darf die Regeln bestimmen, sondern die Vereinten Nationen, also wenigstens die 140 Staaten, die den Aggressor verurteilt haben. Und wenn es zu keiner Resolution des VNSR kommt, dann greift hier die „responsibility to protect“, um Hunderttausende vor dem Hungertod zu retten.

Es wäre sehr unwahrscheinlich, dass Putins Seestreitkräfte im Schwarzen Meer einen Geleitzug internationaler Seestreitkräfte zum Schutz der Weizentransporte mit einem entsprechenden Aufruf der VN Vollversammlung, der WHO und des WFP angreifen. Denn Putin würde damit den Verlust seiner gesamten Armada im Schwarzen Meer auslösen. Dies ist eine Möglichkeit, um die Initiative zurück zu gewinnen und nicht nur Herrn Lawrow untragbare Handlungsdrohungen in Istanbul verkünden zu lassen.

Denn Russland ist bereit, den Hungertod von vielen Menschen herbeizuführen, um die Glaubwürdigkeit des Westens mit falschen Anschuldigungen zu untergraben. Ein „kühler Kopf“ wird die Maßnahmen auf diesem Feld endlich in die Hand nehmen und die Lösung nicht in offenkundig unzureichenden Zug- und Lastwagentransporten suchen.

Anmerkungen: Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder.



Über den Autor dieses Beitrags

Generalleutnant a.D. Dr. Klaus Olshausen war von 2006 bis 2013 Präsident der Clausewitz-Gesellschaft. Zuvor war er Deutscher Militärischer Vertreter im Militärausschuss der NATO, bei der WEU und EU, HQ NATO, Brüssel.

Dr. Olshausen gehört auch dem ISPSW Rednermanagement Team an. Weitere Informationen finden Sie auf der ISPSW Website unter <http://www.ispsw.com/autoren-und-rednermanagement/>



Dr. Klaus Olshausen